



11. Oktober 2021



Liebe Leserinnen, liebe Leser,

die Hochwasserkatastrophe in Nordrhein-Westfalen liegt mittlerweile zwölf Wochen zurück, und ihre Auswirkungen sind noch immer deutlich sicht- und spürbar. Es zeigt sich erneut: Das Krisenmanagement der Landesregierung ist mangelhaft. Viele betroffene Bürgerinnen und Bürger sind angesichts des Online-Antragsverfahrens frustriert und die Förderrichtlinien sind schlicht unzureichend. Dabei benötigen die Betroffenen in den Städten und Gemeinden vor Ort diese finanzielle Unterstützung dringend.

Bei der Wiederaufbauhilfe herrscht Chaos – selbst das kommunale Personal zeigt der Landesregierung die rote Karte. Wir haben für vergangenen Donnerstag im Plenum eine **Aktuelle Stunde** beantragt, wie die Hochwasserfolgen zielgerichtet bewältigt werden können. Doch damit nicht genug: Wir wollen, dass die Menschen in den Hochwassergebieten in ihren Ängsten und Sorgen professionell begleitet werden. Deswegen haben wir die Wichtigkeit psychosozialer Betreuung und Beratung vor Ort deutlich gemacht. Den Antrag finden Sie **hier**.

Außerdem: Ministerpräsident Armin Laschet hat die Woche genutzt, um seine Nachfolge zu verkünden. Hendrik Wüst, NRW-Verkehrsminister, soll das Amt des Ministerpräsidenten bis Mai 2022 übernehmen. Auch wenn die NRW-CDU Harmonie bei der Entscheidungsfällung suggerieren will, ist das bei Weitem nicht der Fall. Innerhalb der Partei brodelt es. Den Nährboden eines Neuanfangs bereitet die Entscheidung nicht. Vielmehr ist es eine Makulatur einer vergeigten Amtsperiode. Die Bürgerinnen und Bürger in NRW werden im Mai 2022 die Wahl haben - für ein „Weiter so“ oder für einen sozialen Neustart. Und diesen bekommen sie mit Thomas Kutschaty!

Im November geht es weiter mit unseren Zukunftskonferenzen: Am 2. November diskutieren wir, wie ein Neustart in der Wohnungspolitik gelingen kann. Am 8. November geht es um die gute Gesundheits- und Pflegepolitik von morgen. Weitere Informationen zu den Zukunftskonferenzen und den Anmeldelink finden Sie auf Seite 3.

Herzliche Grüße

Ihre

Heike Gebhard

S. Watermeier

Aus dem Landtag

Eine Förderoffensive für Schülerinnen und Schüler

Die Corona-Pandemie hat erhebliche Einschränkungen mit sich gebracht, gerade Kinder und Jugendliche sind und waren in einem besonderen Maße davon betroffen. Die Schulschließungen hatten erhebliche Auswirkungen auf das soziale Lernen, die Entwicklung von Kompetenzen und den Erwerb von schulischen Lerninhalten. Die Folgen werden unsere Kinder und Jugendliche noch lange begleiten.

Es bedarf einer Förderoffensive: Mit einem freiwilligen Programm sollen Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit haben, Lernrückstände aufzuholen. Eine enge Verzahnung mit dem Ganzttag sowie eine ausreichende Personalversorgung sind dafür unverzichtbar.

SPD-Antrag:
Förderoffensive NRW



Foto: www.pixabay.com

Für mehr Kreislauf in der Wirtschaft

Der weltweite Verbrauch von Rohstoffen hat sich zwischen 1970 und 2017 nahezu verdreifacht. Rohstoffmangel ist schon jetzt zur alarmierenden Wirklichkeit geworden – zum Beispiel im Bereich der Metalle. Mit einer zirkulären Wertschöpfung können wir den Umgang mit Roh- und Werkstoffen nachhaltig umgestalten: So können technologische Innovationen dazu beitragen, den Verbrauch zu senken und bereits genutzte Stoffe wiederzuverwerten.

SPD-Antrag:
Zirkuläre Wirtschaft schafft Nachhaltigkeit



Foto: www.pixabay.com

Fit für Demokratie durch mehr politische Bildung

Rund 25 Prozent der Deutschen hegen antisemitische Gedanken, so eine Studie des Jüdischen Weltkongresses. Jede/r zehnte Deutsche stimmt traditionellen jüdenfeindlichen Äußerungen zu. Erschreckende Zahlen. Waren antisemitische Einstellungen nie ganz verschwunden?

Klar ist: Es reicht nicht mehr aus, auf die Gefahren durch Rechtsextremismus und Antisemitismus hinzuweisen. Es muss verstärkt gehandelt werden. „Bildung“ ist in diesem Zusammenhang das Stichwort, insbesondere die politische Bildung, welche beispielsweise auch den Umgang mit Fake News in den Blick nimmt.

Es bedarf einer politischen Bildung, die von der Kita bis zur Hochschule, aber auch im Alltag für Ausgrenzung und Diskriminierung sensibilisiert. „Fit für Demokratie: Schutz vor Rechtsextremismus, Antisemitismus und Rassismus verstärken“, so heißt unser aktueller Antrag zu dem Thema.

SPD-Antrag:
Fit für die Demokratie

Aus dem Landtag
Veranstaltungshinweise

Jetzt #zukunften für Wohnen und Stadtentwicklung

Diskutier mit uns, wie Wohnen in Stadt und Land #vonGrundauffair geht.



Zukunftskonferenz am

02. November 2021



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Drei Zimmer: Küche, Diele, Bad – das muss man sich als Familie erstmal leisten können. Die mietpreisgebundenen Wohnungen haben sich seit dem Jahr 2000 fast halbiert. Nicht selten beträgt der Anteil der Wohnkosten inzwischen mehr als 30 Prozent des verfügbaren Einkommens. So kann es nicht weiter gehen. Auf unserer Zukunftskonferenz „Von Grund auf fair“ diskutieren wir am Dienstag, 2. November, unsere Ideen für den Neustart in der Wohnungspolitik. Die Veranstaltung findet im Landtag statt, los geht es um 18.30 Uhr.

[Zur Anmeldung](#)

Jetzt #zukunften für Gesundheit und Pflege

Diskutier mit uns, wie wir mit dem #MenschImMittelpunkt gewinnen.



Zukunftskonferenz am

8. November 2021



Foto: SPD-Landtagsfraktion

Gewinnmaximierung, Fallpauschalen, Pflegenotstand – Begriffe, die man nur ungerne mit dem Thema Gesundheit verbinden möchte, teilweise aber muss. Längst hat die Pandemie die Missstände in unserem Gesundheitswesen ins Rampenlicht gerückt. Auf unserer Zukunftskonferenz „Nach dem Applaus: der Mensch im Mittelpunkt“ am Montag, 8. November, ab 18.30 Uhr auf den Rheinterrassen fragen wir uns und euch welche Begrifflichkeiten wir mit den Themen Gesundheit und Pflege zukünftig verbinden wollen und wie wir diesen erstrebenswerten Zustand erreichen.

[Zur Anmeldung](#)

Aus dem Wahlkreis

Jugend-Landtag 2021: Salma Hamann und Rasmus Chaikowski für drei Tage Abgeordnete

Vom 28. - 30. Oktober findet in Düsseldorf der 11. Jugend-Landtag Nordrhein-Westfalen statt. Aus ganz NRW reisen Jugendliche im Alter zwischen 15 und 21 Jahren an, um drei Tage lang auf den Abgeordneten-Stühlen Platz zu nehmen.

Heike Gebhards Wahl fiel auf Salma Hamann. Die 18-jährige Gelsenkirchenerin wird im nächsten Sommer ihr Abitur an der Gesamtschule Buer-Mitte abschließen. Neben der Schule nimmt Salma Hamann an einem Programm der Universität Heidelberg teil, in der sie im Fachbereich Medizin bereits einige Leistungen erbringt, die später im Medizinstudium dann auch tatsächlich angerechnet werden können.

Auf die Frage, warum Salma Hamann sich für den Jugendlandtag beworben hat, antwortet sie: „Ich möchte beim Jugendlandtag meinen Horizont erweitern und selbst ein Gefühl dafür bekommen, wie es ist, Landtagsabgeordnete zu sein. Ich möchte ein aktives Mitglied in unserer Gesellschaft sein und insbesondere als junge Frau die Interessen von Jugendlichen und anderen jungen Frauen vertreten.“

Sebastian Watermeier wählte den 17-jährigen Rasmus Chaikowski aus, der gerade sein Abitur am Ricarda-Huch-Gymnasium absolviert. In den vergangenen Jahren engagierte er sich zudem aktiv in der Schülervertretung – vier Jahre lang sogar als Schülersprecher. Aktuell vertritt er als Stufensprecher die Interessen seiner Mitschülerinnen und Mitschüler. Dabei war und ist ihm das Engagement gegen Rassismus und Antisemitismus, gerade im schulischen Kontext, ein großes Anliegen.

„Am Jugendlandtag reizt mich besonders, dass unsere Beschlüsse abschließend im Hauptausschuss des Landtags beraten werden. Das bedeutet, wir können einen realen Anstoß zu Veränderungen geben. Ich möchte deshalb die drei Tage im Jugendlandtag nutzen, um Inhalte der Sozialen Demokratie nach vorne zu bringen“, beschreibt Rasmus Chaikowski seine Motivation.

Die Themen des anstehenden Jugend-Landtags werden im Vorfeld von den Teilnehmenden ausgewählt. Salma Hamann und Rasmus Chaikowski stimmten dafür ab, dass sich der Jugendlandtag mit folgenden Themen befasst: Rechtsextremismus in der Polizei, Sozialer Wohnungsbau, Digitalisierung an Schulen und Hochschulen und Einrichtung einer unabhängigen Beschwerdestelle bei Polizeigewalt.

Diskussion über das unverhältnismäßige Versammlungsgesetz der Landesregierung: Heike Gebhard zu Gast bei den Falken

Foto: Falken Gelsenkirchen



Im Landtag NRW laufen seit einigen paar Monaten die Beratungen zum umstrittenen Gesetzentwurf der Mitte-Rechts-Landesregierung für ein neues Versammlungsgesetz. Die SPD-Landtagsfraktion hat dem restriktiven Gesetz von CDU und FDP einen Gegenentwurf für ein „Versammlungsfreiheitsgesetz“ in die Gremien des Landtags eingebracht. In unseren vergangenen Newslettern haben wir bereits darüber berichtet.

Die Gelsenkirchener Falken haben in dieser Woche zu einer Diskussionsrunde über die kritischen Punkte im Gesetzentwurf eingeladen. Als lokale Landtagsabgeordnete nahm Heike Gebhard an der Podiumsdiskussion teil. In ihren Statements ging sie insbesondere auf die Ein-

schränkungen der Grundrechte und die Beschränkung von deeskalierender Polizeiarbeit durch zu strikte rechtliche Vorgaben ein. Ursächlich dafür sind unter anderem Passagen zu Verboten von Uniformierungen, die auch Fußballfans betreffen, sowie die Kriminalisierung von kleineren oder einfachen Vergehen, wie Zwischenrufen oder Missfallensäußerungen und einem unverhältnismäßigen Strafenkatalog.

„Die Landesregierung kriminalisiert in ihrem Gesetz das Versammlungsrecht. Der Gesetzentwurf verkennt die überragende Bedeutung der Versammlungsfreiheit und betont den repressiven Teil des Gesetzes zu stark. Der Charakter des Versammlungsrechts als „Grundrechtsgewährleistungsrecht“ geht dadurch in großen Teilen verloren. Wir als SPD wissen bei unserem Widerstand viele Vereine, Gruppierungen und Organisationen an unserer Seite“, äußert Heike Gebhard im Nachgang zur Veranstaltung.



Foto: Falken Gelsenkirchen

GEW-Aktion #IhrFehlt - Wir waren dabei!

Neues Schuljahr - alte Leier: Zahlreiche Stellen für Lehrer/-innen sind weiterhin unbesetzt. Es ist erschreckend: Alleine in Gelsenkirchen fehlen 40 Lehrkräfte an Förderschulen, 156 Stellen sind an den Grundschulen unserer Stadt unbesetzt, also in Bereichen in denen die vollumfängliche Förderung am dringendsten benötigt wird. Die Situation verschärft sich weiter. Die schwarz-gelbe Landesregierung, rund um Bildungsministerin Gebauer, hat Maßnahmen schlichtweg verschlafen.

Am 5. Oktober hat sich die Gelsenkirchener GEW an der landesweiten Aktion #IhrFehlt! beteiligt. Mit Menschen-Silhouetten sollte auf den Mangel und die Missstände, insbesondere an Grund- und Förderschulen, hingewiesen werden. Für die Gelsenkirchener Landtagsabgeordneten Sebastian Watermeier und Heike Gebhard, beide Eltern, war es eine Herzensangelegenheit ihre Solidarität am Hans-Sachs-Haus zum Ausdruck zu bringen.

„Keine Schule sollte unter Lehrkräftemangel leiden. Dass Kinder allerdings schon zu Beginn ihrer Schullaufbahn mit derartigen Mängeln konfrontiert werden ist absolut alarmierend und nicht hinzunehmen. Es ist nicht von der Hand zu weisen, dass einige Schülerinnen und Schüler auf diese Art und Weise nicht ihr vollumfängliches Potenzial ausschöpfen können. Bildungsungleichheiten nehmen so ihren weiteren Lauf. Das macht mich sehr betroffen“, so Sebastian Watermeier.

Heike Gebhard ergänzt: „Es ist ja kein Wunder, dass sich Lehramtsstudenten gegen Grundschulen entscheiden, wenn sie trotz gleich langer Ausbildung deutlich schlechter besoldet werden. Der Mangel an Grundschullehrer*innen ist dadurch hausgemacht. Darum fordert unsere Fraktion ganz klar „A13 für alle“. Eine Aufstockung der Stellen nutzt nichts, wenn sie unbesetzt bleiben, weil schlicht die Lehrkräfte fehlen.“

Transformation der Industrie: Wasserstoff-Gipfel der Bezirksregierung

Die Energiewende ist in vollem Gange, auch in unserer Region. Der verstärkte Ausbau der Erneuerbaren Energien begleitet den von der Politik forcierten Ausstieg aus den fossilen Energien. Viele Unternehmen aus der Emscher-Lippe-Region müssen eine umfassende Transformation vollziehen, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Eine umweltgerechte Herstellung und Nutzung von Wasserstoff bietet hier eine große Chance. Dafür werden politische Rahmenbedingungen, technische Lösungen und öffentlich geförderte Projekte gebraucht.

Seit mehreren Monaten besucht die Landtagsabgeordnete Heike Gebhard Industrieunternehmen, Forschungsstandorte und Lehrende in der Emscher-Lippe-Region, die ein gemeinsames Interesse an der Umstellung der industriellen Prozesse auf den Energieträger Wasserstoff haben. In diesem Zuge nahm sie in dieser Woche an dem Wasserstoff-Gipfel der Regierungspräsidentin Dorothee Feller teil.



Foto: Bezirksregierung Münster

Am 4. Oktober widmete sich der Wasserstoff-Gipfel mit über 200 Partnern aus Wirtschaft, Forschung, Verwaltung und Politik diesem Thema. Ziel des ersten Wasserstoff-Gipfels für den Regierungsbezirk Münster war es, für die Chancen und Herausforderungen einer Wasserstoff-Wirtschaft in der Region zu sensibilisieren und gemeinsam an den derzeit offenen Fragestellungen weiterzuarbeiten. Dabei wurde auf bestehende und zukünftige Anwendungsbeispiele aus der Region geblickt und die Herausforderungen, vor denen Pioniere einer nachhaltigen Wasserstoff-Wirtschaft aktuell stehen beschrieben.

Eine wichtige Botschaft des Gipfels fasst Heike Gebhard zusammen: „Wir dürfen nicht darauf warten, bis der grüne Wasserstoff zu uns kommt. Wir müssen jetzt in den Transformationsprozess einsteigen, um die besonderen Möglichkeiten unserer Region und den vorhandenen Vorsprung zu nutzen. Wenn die Infrastruktur steht, ist der Übergang von grauem zu grünem Wasserstoff nur noch eine Frage der dann zur Verfügung stehenden Menge. So können wir gute Industriearbeitsplätze langfristig in unserer Region halten.“

Für alle Interessierten gibt's hier [weitere Informationen](#) oder den gesamten [Wasserstoff-Gipfel im Video](#).